

---

## Grüne Wirtschaftspolitik: Werteorientierung und Unternehmertum

|      |   |    |
|------|---|----|
| 1.   | Werteorientierung in Unternehmen und Gesellschaft .....                                       | 1  |
| 1.1. | Eigenverantwortung und Verantwortung .....  | 4  |
| 1.2. | Wertekonsens.....   | 5  |
| 1.3. | Wertschätzung für diejenigen, die Werte schaffen .....  | 7  |
| 2.   | Das Wirtschaftliche der Wirtschaftspolitik: Markt-Zugangsgerechtigkeit .....                  | 9  |
| 2.1. | Transparenter Wettbewerb um öffentliche Aufträge .....  | 9  |
| 2.2. | Klare Grenze zwischen öffentlicher Hand und privaten Wettbewerbern.....                       | 9  |
| 2.3. | Unternehmertum auch im staatlichen Sektor.....  | 10 |
| 2.4. | Qualifizierte Arbeitskräfte: Echter Arbeitsmarkt für alle! .....                              | 13 |
| 2.5. | Marktzugang und Finanzierung .....  | 14 |
| 2.6. | Europäische Integration und Globalisierung: Chancen für kleinere Unternehmen verbessern!..... | 15 |
| 3.   | Das Politische der Wirtschaftspolitik: Wirtschaftspolitik als Beteiligungsprozess.....        | 17 |
| 3.1. | Die prozedurale Dimension von Politik.....  | 17 |
| 3.2. | Die Politikberatungslandschaft .....  | 19 |

### 1. Werteorientierung in Unternehmen und Gesellschaft

Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Wir produzieren, tauschen, sparen und investieren, um Werte zu schaffen, die uns nützen. Nicht alle diese Werte sind monetär messbar. Aber es besteht immer die Gefahr, messbare Werte stärker in unseren Entscheidungen zu gewichten als nicht messbare, monetäre Größen wichtiger zu nehmen als nichtmonetäre.

Werteorientierung bedeutet für uns, dass die Wertmaßstäbe des einzelnen und der Gesellschaft Richtschnur sind für individuelles ökonomisches Handeln und für die Wirtschaftspolitik. Zu diesen Werten gehören kulturelle, ökologische, religiöse Werte ebenso wie materielle Werte. An ihnen müssen wir unser Handeln ausrichten. Werden Kosten auf andere abgewälzt, führt das zu einem Konflikt zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Wertsteigerung. Externe Kosten wie Lärm und Umweltverschmutzung, die andere belasten, werden gerne übersehen. Das gilt für KonsumentInnen und UnternehmerInnen, das gilt auch für die Wirtschaftspolitik.

Ein Beispiel: Die große Bedeutung, die Gesundheit für das Wohlempfinden jedes einzelnen hat, verpflichtet im Betrieb zu vorsorgendem Gesundheitsschutz, zu erträglichen Arbeitszeiten, zu Lärminderung, ausreichenden Pausen, minimalem Ressourcenverbrauch und geringstmöglichem Ausstoß an Emissionen. In der Wirtschaftspolitik bedeutet sie, Regeln zu setzen, die diesem Wert Gesundheit im Wettbewerb der einzelnen Anbieter zu dem Stellenwert verhelfen, den er in der Gesellschaft hat. Arbeitsschutz, Normen zur Eingrenzung des Lärms, gesetzliche Krankenversicherung, Rehabilitationsleistungen der Rentenversicherung sind Beispiele dafür.

Werteorientierung heißt aber auch, dass wir das Schaffen von Werten ermöglichen müssen. Betriebe leben nicht von der Controllingabteilung und vom cost-cutting,

---

sondern von den Werten, die im Unternehmen für die Individuen der Gesellschaft erstellt werden. Im Unternehmen entstehen aber nicht nur handelbare monetäre Werte im Sinn des „shareholder value“. Für den einzelnen geht – wo vorhanden – der Wert seines Arbeitsplatzes mit seinen sozialen Beziehungen und mit der Freude an den dort zu verrichtenden Tätigkeiten über den Lohn hinaus. Und für die meisten Unternehmer ist „ihr Unternehmen“ weit mehr als eine monetäre Größe. Die kurzfristige Notierung auf dem Kurszettel der Börse wird dem langfristigen Wertaufbau in Unternehmen selten gerecht.

Ähnliches gilt für Volkswirtschaften. Sie leben nicht von staatlicher Bürokratie und auch nicht von Bürokratieabbau, sondern vom unternehmerischen Handeln und von den Werten, die in Unternehmen, in den Haushalten, in staatlichen Institutionen und in Vereinen geschaffen werden. Den Wert einer Volkswirtschaft an ihrem Sozialprodukt zu messen wäre zu kurz gegriffen. Naherholungsgebiete, Luftqualität, Frieden und Sicherheit gehen in diese monetäre Bewertung nicht ein. Und doch gehören sie zu den Werten, die wir Menschen schätzen und die wir deshalb in der (Wirtschafts-) Politik berücksichtigen müssen.

Doch die gegenwärtige wirtschaftliche Ordnung in Deutschland entspricht noch nicht dem idealen Ordnungsrahmen für eine werte-orientierte ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Auch wenn Rot-Grün in den vergangenen Jahren vieles zum Positiven verändert hat, verharren viele Unternehmen noch immer zu nah am „shareholder value“, die Wirtschaftspolitik orientiert sich immer noch zu eng an den monetären Werten. Wie sonst wäre zu erklären, dass noch immer ein Gegensatz zwischen „Arbeitsplätzen und Umweltschutz“ konstruiert wird? Werden durch verkaufsoffene Sonntage wirklich Werte geschaffen oder vor allem religiöse und kulturelle Werte zerstört und die Gesundheit der Arbeitenden ruiniert?

Dem Werte schaffenden Unternehmertum wird immer noch zu wenig Raum eingeräumt. Wie gebannt starren die angestellten Vorstände der großen Unternehmen und die Verbandsfunktionäre auf die Kostenbelastung durch Steuern und Abgaben und blenden die öffentlichen Leistungen aus, die damit finanziert werden. Statt die Schuldenbelastung durch innovative Produkte und gesteigerte Umsätze abzubauen, wird in vielen Unternehmen vor allem auf die Kosten geschaut. Statt die Schuldenquote durch neue wirtschaftliche Dynamik abzusenken, drängen wir durch Steuersenkungen die Kommunen dazu, wichtige Investitionen aufzuschieben und die öffentliche Infrastruktur verkommen zu lassen, und gefährden so die Grundlagen unseres Wohlstands.

Nicht die Kosten, über die ständig lamentiert wird, sind das Problem unserer gesetzlichen Krankenversicherung - der Anteil ihrer Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist seit Jahren konstant -, sondern die zu geringe Gesundheit der Bevölkerung, die Versorgungsqualität, also das Preis-Leistungs-Verhältnis. Doch die Gesundheit der Bevölkerung ist schwerer messbar als die Kosten. Werteorientierte Politik heißt, wichtige nicht messbare Werte genauso ernst zu nehmen wie messbare.

Nicht die Kosten sind das Problem unseres Bildungssystems, obwohl vor allem die Lehrergehälter gesenkt und ihre Arbeitszeit erhöht wurde, sondern das nicht ausreichende Bildungsergebnis, das sich z.B. daran zeigt, dass viele Schulabgänger von den Unternehmern wegen mangelnder Grundkenntnisse in Mathematik und Deutsch nicht als Lehrlinge akzeptiert werden. Erst als diese mangelhafte Qualität gemessen wurde (PISA-Studie), haben wir darüber in Deutschland diskutiert.

---

Heftig wird in Deutschland über die angebliche Technikfeindlichkeit lamentiert, anstatt die Werterhaltung der Bevölkerung ernst zu nehmen und dort Innovationspfade aufzutun, wo die Bevölkerung technische Neuerung begeistert aufgreift.

Der bisherige Reformdiskurs ist zu sehr ein Abbaudiskurs, statt ein Diskurs über soziale Innovationen und umweltgerechtes Wachstum. Gute und effektive neue Instrumente wie die Ökosteuer oder die „negative Einkommensteuer“ sind in der öffentlichen Diskussion diskreditiert, obwohl sie theoretisch überzeugend sind und – soweit umgesetzt – auch die erwartete positive Wirkung hatten. Visionen, die der Modernisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft eine Richtung geben könnten, fehlen ebenso wie Menschen, die glaubwürdig für solche Visionen stehen, weil sie sie vorleben.

Dieses Papier will grüne Wirtschaftspolitik an Werten und Wertschöpfung ausrichten und dem Unternehmertum in grünen Kreisen neue Wertschätzung erschließen. Wir versuchen, Prämissen für eine im gesellschaftlichen und ökonomischen Sinne „wertorientierte“ Wirtschaftspolitik zu formulieren.

„Wertorientierung“ bezieht sich hier

- einerseits auf „Werte“ im *soziologischen* Sinne als handlungsleitende Orientierungen für gesellschaftlich verantwortliches Verhalten und
- andererseits auf „Werte“ im *betriebswirtschaftlichen* Sinne als Ergebnisse unternehmerischen Handelns zur Steigerung des Substanzwertes durch optimierte Wertschöpfungsprozesse und die Reduktion negativer externer Effekte.

Ausdrücklich nicht damit gemeint ist „Value“ im *finanzwirtschaftlichen* Sinne als kurzfristige Optimierung des „Shareholder Value“, der nur die Prognose über das kurzfristige Renditepotential enthält. Im Gegenteil: Wertorientierte Wirtschaftspolitik steht oftmals im Widerspruch zu den kurzfristigen Renditeinteressen des anonymen und deshalb soziale Werte ignorierenden Finanzkapitals. Sie ist kein Selbstzweck, sondern hat als Ziel das Wohl der Bürger und Konsumenten zu steigern. Gerade deshalb muss sie aber an Werte schaffenden „Unternehmern“ in großen und kleinen Unternehmen, in öffentlichen Institutionen und Vereinen ausgerichtet sein. Sie bewegt sich, ohne dieses importierte Label zu verwenden, im Umfeld der „Corporate Social Responsibility“ (CSR), also der Wahrnehmung unternehmerischer Verantwortung über die reine Gewinnerorientierung hinaus.<sup>1</sup>

Diese Verantwortung meint man vielleicht am ehesten noch in eigentümergeführten Unternehmen aufgehoben, wo die individuelle Wertorientierung des Unternehmers auch auf die betriebliche Realität ausstrahlt.<sup>2</sup> Sie ist aber letztlich nicht von der Un-

---

<sup>1</sup> Auch Großunternehmen wie Tetra Pak erkennen, dass sie nicht an der Nachhaltigkeit vorbei kommen: „Die Unternehmen profitieren von der Globalisierung, von demografischen Veränderungen, von Innovationen. Aber sie können nicht nur nehmen, sie müssen der Gesellschaft auch etwas zurückgeben.“ (Teresa Presas, TETRA PAK)

<sup>2</sup> So auch Jürgen Herhaus, der Aufsichtsratsvorsitzende eines der größten Familienunternehmen. Er versteht sich als Fürsprecher der „moralischen Werte des ehrbaren Kaufmanns“ und empfiehlt sie als Rezept für eine langfristig erfolgreiche Unternehmensführung. Er macht den Werteverfall und Ehrverlust bei zahlreichen Führungskräften für viele Krisenerscheinungen in der heutigen Wirtschaftswelt verantwortlich.

---

ternehmensgröße abhängig, sondern von der Corporate Governance, von der Art, wie Unternehmen geführt werden.

### 1.1. Eigenverantwortung und Verantwortung

Die Forderung nach Eigenverantwortung als Grundlage des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens hört man meist von Menschen in gesicherten Beschäftigungsverhältnissen (z.B. Wirtschaftsprofessoren, Verbandsvertretern) oder mit respektablem Pensionen oder Pensionserwartungen (z.B. Bundespräsidenten, Ministern, Kanzlern) ausgestatteten Bürgern. Das macht diese Forderung schwer erträglich. Trotzdem führt an der einfachen unternehmerischen Wahrheit „Keine Chance ohne Risiko“ kein Weg vorbei. Eine demokratische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung setzt mündige Staats- und Wirtschaftsbürger voraus, die sich ihrer Chancen und Risiken bewusst sind. Das gilt auch für den Sozialstaat. Dort, wo soziale Sicherheit geboten werden soll, wird auch das Risiko des Scheiterns sozialisiert: Wir alle tragen die Risiken eines Sozialstaats, der in seiner heutigen Ausprägung auf lange Sicht nicht adäquat finanziert werden kann und – schlimmer noch – seine Ziele häufig nicht erreicht.

Eigenverantwortung ist eine Grundlage für Unternehmertum. Sie entsteht nur, wenn der Einzelne durch sein Handeln oder Nichthandeln seine Chancen und Risiken maßgeblich beeinflussen kann und das Handeln oder Nichthandeln für den Einzelnen erkennbar positive oder negative Konsequenzen hat.

Eigenverantwortung bedeutet aber auch, und das vergessen die meisten, die nach mehr Eigenverantwortung rufen, sich den Grenzen individueller Verantwortung (a), den Auswirkungen individuellen Handelns auf andere (b) und der großen Bedeutung des öffentlichen Umfelds für die eigenen Chancen und Risiken (c) bewusst zu sein.

a) Krankheit und Gebrechlichkeit sind die deutlichsten Ausprägungen dafür, dass Eigenverantwortung ein Pendant hat: die Solidarität, die Verantwortung für den anderen. Diese kann sich in individueller Sorge um bedürftige Mitmenschen äußern oder gesellschaftlich organisiert sein. Auch hier gilt, dass staatliche Institutionen Werte schaffen können, wenn sie die Hilfe für Bedürftige besser bereitstellen, als einzelne das tun könnten.

b) Vereinbarungen zu Lasten Dritter, um selbst nicht die Konsequenzen aus seinem Handeln oder Nicht-Handeln zu tragen, missachten Grundregeln gesellschaftlich verantwortlichen Wirtschaftshandelns. Deshalb ist das Verursacherprinzip als ökonomisches Regulativ so wichtig: *wer zahlt, bestimmt; - wer nutzt, bezahlt*. Die Preise müssen die ökologische und ökonomische Wahrheit ausdrücken. Noch nicht verwirklicht ist dieses Prinzip z.B. im Verkehrs- und konventionellen Agrarbereich. Verantwortung macht dabei nicht an Landesgrenzen halt. Lastenverlagerungen (wie z.B. bei Müllexporten) auf andere Länder widersprechen einer werteorientierten Wirtschaftsweise.

c) Erst das gesellschaftliche Umfeld und die öffentlichen Leistungen machen individuelles Werteschaffen möglich. Der Schutz der Eigentumsrechte, die Bereitstellung von Infrastrukturen und Verbraucherschutz bilden die Basis wirtschaftlichen Handelns in entwickelten Volkswirtschaften. In reichen Regionen bieten sich wesentlich mehr Entwicklungsmöglichkeiten für UnternehmerInnen, als in armen Regionen, da

---

es eine zahlungskräftige Nachfrage gibt. Diesen Vorteil als Basis für den eigenen Wohlstand zu vergessen, führt leicht dazu, dass man den Ast absägt, auf dem man sitzt. Die Forderung nach Leistungsgerechtigkeit bedeutet eben in einem entwickelten Land wie Deutschland anzuerkennen, dass die von Einzelnen geschaffenen Werte in großem Maße ohne staatliche und gesellschaftliche Vorleistungen nicht entstanden wären.

Ein besonderer Mangel an Verantwortungsgefühl zeigt sich bei den deutschen „Eliten“. Wenn bei Beitragsanstieg und Leistungskürzungen die Vorstände der kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen ihre eigenen Gehälter erhöhen, fehlt ein Verständnis für die Vorbildfunktion und die Verantwortung von Menschen in Leitungsfunktionen. Die weite Verbreitung von Steuerhinterziehung und Korruption in unserem Land zeigt die Grenzen der Eigenverantwortung auf. Wenn so häufig gerade die wohlhabenden Menschen in unserem Land gegen die geltenden Gesetze verstoßen, klingt der Ruf nach mehr Eigenverantwortung hohl. Die „Übernahme der politischen Verantwortung“ durch versagende Minister oder Manager, die dann hochdotiert ihre Frühpensionierung genießen und durch Beraterverträge bzw. Talkshow-Auftritte versüßen, sind das genaue Gegenteil von Eigenverantwortung und verhöhnend das Steuer zahlende Wahlvolk bzw. die „freigesetzten“ ehemaligen MitarbeiterInnen.

Das gilt auch für die Geldgier der Topmanager – 50% Gehaltssteigerung der Vorstände bei gleichzeitigem Gewinnrückgang um 95% der Telekom in 2001. In Deutschland nähern wir uns US-amerikanischen Verhältnissen, wo 1965 ein Vorstandsmitglied durchschnittlich 20-mal soviel wie ein Arbeiter verdiente; 1980 waren es 42-mal so viel und 2002 dann das 531-fache. Gleichzeitig müssen sich die deutschen Manager fragen lassen, warum in deutschen Unternehmen 70% der Mitarbeiter Dienst nach Vorschrift machen und nur 12% zufrieden sind – im Gegensatz zu 30% in den USA.

Dieser „Kultur der Abgehobenen“ setzen wir eine „Kultur des verantwortlichen Unternehmertums“ entgegen – Unternehmertum in Betrieben, staatlichen Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft.

## **1.2. Wertekonsens**

Gesellschaftlich verantwortliches Handeln erfordert einen Wertekonsens in der Gesellschaft. Wir haben den Eindruck, dass durch die Reformdebatten der letzten Jahre, durch die Blockade zwischen Bundestags- und Bundesratsmehrheit, aber auch durch ganz reale Veränderungen in der Sozialstruktur unseres Landes dieser Wertekonsens brüchig geworden ist. Deswegen stehen jetzt nicht nur Reformen im Sinne von gesetzlichen Veränderungen an, sondern auch eine Wiederbegründung eines gesellschaftlichen Wertekonsenses, der dem wirtschaftlichen Handeln des Einzelnen und der Wirtschaftspolitik wieder als Leitfaden dienen kann.

Eigenverantwortung und Verantwortung füreinander sind für uns Teile dieses Wertekonsenses. Nach dem Subsidiaritätsprinzip, das die Fähigkeiten, Leistungen und Schutzbedürfnisse Einzelner und deren Gemeinschaften anerkennt, geht dabei *Selbsthilfe immer vor Fremdhilfe*, Selbstverwaltung vor Fremdverwaltung sowie Vorbeugen und Versichern vor Versorgen.

---

Zentrale Werte sind für uns Gerechtigkeit (a) und Nachhaltigkeit (b), die zentralen Werte des grünen Grundsatzprogramms.

#### a) Gerechtigkeit

Gerechtigkeit hat mehrere Dimensionen. Bei der Generationengerechtigkeit geht es darum, keine Lasten auf kommende Generationen abzuwälzen, die Entscheidungsspielräume für die nächsten Legislaturperioden nicht einzuengen, keine problematischen sozio-ökonomischen Strukturen wie Ghettoisierung, eine starke Konzentration des Reichtums oder Monopolstrukturen zu hinterlassen.

Soziale Gerechtigkeit berücksichtigt, dass Erfolg und Misserfolg auf den Gütern und auch Arbeitsmärkten nicht nur eine individuelle, sondern auch eine soziale Ursache haben und damit eine soziale Verantwortung nach sich ziehen. In ihrer grundlegendsten Ausprägung geht es darum, jedem Menschen eine Teilhabe an der Gesellschaft, ein sozio-ökonomisches Existenzminimum zur Verfügung zu stellen, unabhängig von seiner Leistung und seiner Leistungsfähigkeit.

Geschlechtergerechtigkeit zielt darauf ab, die systematische Benachteiligung mal von Frauen, mal von Männern zu überwinden.

Nur eine Wirtschaftsordnung, die in Verfahren und Ergebnissen den Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen nahe kommt, kann nachhaltig Werte schaffen. Reformen, die als ungerecht empfunden werden, bleiben erfolglos. Nur in einer gerechten Gesellschaft können sich die Potentiale der Einzelnen bestmöglich entfalten und Werte schaffen. Gleichzeitig darf der Versuch, Gerechtigkeit im Einzelfall zu schaffen, die Menschen nicht demotivieren und nicht zu übermäßigem Verwaltungsaufwand und anonymer und häufig rein monetärer Hilfeleistung führen. Das würde dem Menschen nicht gerecht.

#### b) Nachhaltigkeit

Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt ursprünglich aus der Holzwirtschaft. Nachhaltiges Wirtschaften wurde dort verstanden als ein Handeln, das den Baumbestand nicht gefährdet. Dieses Ideal lässt sich auf die Gesellschaft übertragen. Nachhaltigkeit bedeutet dann, eine langfristige Tragfähigkeit unserer Lebensweise zu gewährleisten. Darüber hinaus geht es bei Nachhaltigkeit aber auch um Richtungs-, damit Entscheidungs- und Planungssicherheit für alle „Wirtschaftssubjekte“. „Richtungssicherheit“ für ein eigenverantwortliches Gestalten seines Arbeits- und Privatlebens sollte dabei über einen lebensphasentypischen Investitions-Zeitraum von ca. 15 Jahren bestehen: Zeiten der Kinderversorgung und -erziehung, Ausbildungsfinanzierung, Berufskarriere, Baufinanzierung, zweiter Berufsweg, Zusatz-Altersversorgung, Elternpflege, Erbe, eigener Lebensabend u.ä. Dazu brauchen wir einen parteiübergreifenden und von Themenkonjunkturen unabhängigen Konsens über langfristige Zielgrößen (z.B. den in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung genannten Zielen wie die drastische Reduzierung des Flächenverbrauchs oder solche der Sanierung der Staatsfinanzen). Über diese Zielgrößen sollten wir durch gesellschaftliche Debatten und demokratische Entscheidungen Klarheit erzielen, statt vor allem kurzfristige Maßnahmen durchzuführen, die angeblich alternativlos sind. Dass dies möglich ist, zeigen z.B. die skandinavischen Länder, in denen ein weitgehender Konsens über den Umfang staatlicher Leistungen besteht.

---

### 1.3. Wertschätzung für diejenigen, die Werte schaffen

Gesellschaftlich verantwortliches Handeln wird nicht durch einen abstrakten Wertekonsens definiert, sondern durch exemplarisches Vorleben der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen „Verantwortungsträger“, die dadurch die Verantwortungskultur prägen. Insofern ist der von den deutschen Eliten beklagte Zustand unserer Gesellschaft, der Mangel an Reformfähigkeit, an Bereitschaft zu Innovation gerade auch ein Versagen der deutschen Eliten, die in der Regel gerade nicht Unternehmer sind, die eng mit dem Schicksal ihres Vorhabens verbunden sind, sondern stärker die Vollkaskomentalität verkörpern als die Menschen, denen sie diese zuschreiben. Hier kommt auch den Medien eine besondere Verantwortung zu, indem sie mediale Aufmerksamkeit als Wertschätzung richtig adressieren.<sup>3</sup>

Gesellschaftlich verantwortliches Handeln des Einzelnen hat immer eine lebensphasenspezifische thematische, ökonomische, räumliche und zeitliche Begrenzung. Innerhalb dieser überschaubaren Verantwortungs-Reichweite trifft der Einzelne seine Entscheidungen. Deshalb muss gesellschaftlich verantwortliches Handeln wie Steuerzahlen, Unternehmensgründung, Kinderkriegen, Elternpflege, ehrenamtliches Engagement u.ä. in dieser Verantwortungs-Reichweite entsprechend spürbar positiv sanktioniert werden – was nicht mit „subventioniert“ gleichgesetzt werden darf.

Eine Gesellschaft, in der das sozial wünschenswerte Normalverhalten – man zahlt Bußgeldbescheide, statt zu tricksen, man gibt alle Einnahmen bei der Steuererklärung an, man trennt korrekt dienstliche und private Angelegenheiten, man regelt kleinere Angelegenheiten einvernehmlich, statt immer vors Gericht zu ziehen – von den Eliten nicht vorgelebt und damit in der Wahrnehmung der Menschen zur Ausnahme wird, kann nicht funktionieren. Eine Gesellschaft, die Zäune um Kindergärten einem Tempolimit vorzieht, die bei hohen Ozonwerten lieber Kindern, Alten und Schwangeren rät zu Hause zu bleiben, als Fahrverbote zu erlassen, braucht sich über Kinderarmut und Umweltverschmutzung nicht wundern.

Positives Sanktionieren ohne Subventionieren erfordert ein neues „kundenorientiertes“ Verwaltungshandeln im Sinne einer „*street working burocracy*“. Hier hat in vielen Kommunen in den letzten Jahren ein Umdenken stattgefunden. Aber es muss weitergehen. Im Bestfall entsteht durch eine bürgerschaftliche Initiativgruppe eine Bürgerstiftung, an der sich wohlhabende Bürger, Unternehmen und Institutionen beteiligen.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Wenn Deutschland sich schon 21 öffentlich-rechtliche Fernseh- und 61 Radiosender leistet, dann müsste doch Platz für die Wertschätzung kleiner und mittlerer Unternehmen in geeigneten TV-Formaten bestehen, z.B. Reportagen über erfolgreiche Unternehmen u.ä. statt Anbiederung an große Anzeigenkunden, mehr Talkshows zu wirtschaftlichen Themen, an denen nicht nur die üblichen Politiker, Professoren, Konzernvorstände und Verbandsvertreter, sondern auch echte Unternehmer aus dem Mittelstand teilnehmen; TV-Informationsserien über kleine und mittlere Unternehmen wie „Deutschlands piffigste Unternehmen“ o.ä.; Unternehmer-Kolleg. Positive Beispiele sind „37 ° im ZDF und „Lichtblick“ in Baden-Württemberg.

<sup>4</sup> Beispiele sind die „Schwäbisch Haller Bürgerstiftung – Zukunft für junge Menschen“ mit 650 000 Euro Stiftungskapital oder der Matching Fund in Höhe von 150 000 Euro der Volksbank Mosbach, der jede Spende an die Bürgerstiftung verdoppelt, bis er aufgebraucht ist. Oder die Hamburger Bürgerstif-

---

Wir brauchen eine „Anerkennungskultur“ für diejenigen, die Werte schaffen in Unternehmen, in öffentlichen Institutionen oder zu Hause. Eine Gesellschaft, die den Unternehmern ihre Gewinne neidet, aber die Risiken übersieht, gefährdet ihre Wertschöpfung. Denn nur mit fähigen UnternehmerInnen können Arbeitsplätze entstehen und bestehen. Ebenso braucht sich eine Gesellschaft, die schlecht über die Lehrer ihrer Kinder denkt und spricht, nicht über Probleme an den Schulen zu wundern.

Gesellschaftlich verantwortliches Handeln ist insbesondere, dass alle in ihrem Verantwortungsbereich als Unternehmer, Mitarbeiter, Politikerin, Verwaltungsangestellte usw. die Wertschöpfung erhöhen bzw. den Werteverzehr senken. Effektivität und Effizienz sind die Grundlagen der Wertschöpfung, der Wettbewerbsfähigkeit und damit der Beschäftigung.

Wirtschaftspolitik muss das Ziel verfolgen,

- dass möglichst viele wertschöpfende (produktive) Arbeitsplätze entstehen und wertverzehrende (unproduktive) Arbeitsplätze wegfallen sowie
- die Arbeitsplätze von möglichst motivierten und qualifizierten Arbeitskräften besetzt werden.

Hier setzt jeder Sanierer eines Unternehmens an. Doch Berufsbeamtentum (auf dem Fundament des 19. Jahrhunderts) und der BAT verhinderten bislang weitgehend die konsequente Sanierung des Staates. Mit der geplanten Dienstrechtsreform für die Beamten des Bundes und der Kommunen und mit der Reform des Beamtenwesens, das durch eine Umformulierung des Artikel 33 im Rahmen der Föderalismusreform ermöglicht werden soll, scheint hier eine Erneuerung möglich. Langfristig muss das Ziel sein, die Werte- (und Steuermittel-) verzehrende Bürokratie, z.B. in der Sozialverwaltung, zugunsten wertschöpfender Stellen in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung abzubauen. Beispielsweise kann durch eine größere Selbständigkeit der Schulen die Schulverwaltung reduziert werden. Frei werdende Stellen können in die tatsächliche Bildungsarbeit in den Schulen verlagert werden.

Notwendig ist außerdem, analog zur Privatwirtschaft im öffentlichen Dienst, soweit möglich, eine leistungsbezogene Bezahlung einzuführen und den Kündigungsschutz dem privaten Sektor anzunähern. Wenn hier für leistungsabhängige Bezahlung in der öffentlichen Verwaltung plädiert wird, so gilt das genauso für subventionierte Unternehmen und insbesondere Konzerne, deren Managergehälter und Steuerzahlungen weitgehend von deren Wertschöpfung abgekoppelt sind.

---

tung, die aus 100 000 DM in vier Jahren 2,6 Mio Euro Stiftungskapital gemacht hat, indem sie Treuhandstiftungen verwaltete. Solche Bürgerstiftungen sind natürlich nur dort möglich, wo privates Kapital vorhanden ist. Strukturschwachen Regionen fehlt in der Regel diese Voraussetzung.

---

## **2. Das Wirtschaftliche der Wirtschaftspolitik: Markt-Zugangsgerechtigkeit**

Für eine werteorientierte Wirtschaftspolitik gibt es viele Handlungsfelder. Ökologie, Sozialem und Kultur mehr Raum zu geben, ist Teil einer werteorientierten (Wirtschafts-)Politik. Im Folgenden betonen wir die wichtigste wirtschaftspolitische Leit-schnur dafür, dass Werte geschaffen werden: Markt-Zugangsgerechtigkeit, also die Offenheit von Märkten, um produktiven Wettbewerb auf den Märkten zu fördern. Das ist nicht zu verwechseln mit Deregulierung, die teilweise auch zu weniger Wettbewerb und zu unproduktivem Wettbewerb führen kann.

Hier eine unvollständige Liste dessen, was im Sinne von mehr Marktzugangsgerechtig-keit zu tun wäre:

### **2.1. Transparenter Wettbewerb um öffentliche Aufträge**

Öffentliche Beschaffung macht etwa 15% des Bruttoinlandsprodukts aus, in manchen Branchen ist die öffentliche Hand der wichtigste Nachfrager. Transparente und faire Ausschreibungen sind deshalb entscheidend für den Marktzugang. Um die Transparenz und Fairness öffentlicher Ausschreibungen zu erhöhen könnten Instrumente wie ein bundesweites Korruptionsregister, ein verschärftes Informationsfreiheitsgesetz, und die Kontrolle der Rechnungshöfe geschaffen und intensiviert werden. Auch aus fiskalischen Gründen sind diese Maßnahmen wichtig. Laut einer aktuellen EU-Studie ist Deutschland mit einer öffentlichen Ausschreibungsquote von 7,5% auf dem letzten Platz in der EU, so dass ein Spareffekt von ca. 30% bei der öffentlichen Beschaffung verschwendet wird. Anbieter müssen nach vorher festgelegten auftragsrelevanten Primärzielen und wertebezogenen Sekundärzielen (z.B. ökologische Ziele, Gender-Ziele) ausgewählt werden. Verträge der öffentlichen Hand müssen wie im kaufmännischen Vertragswesen verbindliche Termine, konkrete Leistungsbeschreibungen und empfindliche Vertragsstrafen vorsehen.

Für kleine und mittlere Unternehmen sind darüber hinaus auch Größe und Zuschnitt der Lose entscheidend. Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit haben z.B. teilweise aufgrund der nachgefragten Größe und dem inhaltlichen Zuschnitt die meisten kleineren Weiterbildungsträger im Gegensatz zu den Bildungswerken der Verwaltungsratmitglieder (Arbeitgeberverband und Gewerkschaften) benachteiligt.

### **2.2. Klare Grenze zwischen öffentlicher Hand und privaten Wettbewerbern**

Es gibt Bereiche, in denen es sinnvoll ist, dass der Staat selbst unternehmerisch tätig wird und Güter anbietet. Wichtig ist es dann, dass die Bereiche staatlichen Handelns vom Wettbewerb auf den Märkten eindeutig getrennt werden. So richtig es ist, staatliche Universitäten zu betreiben, so wenig kann es angehen, dass Professoren im Beamtenstatus unter Nutzung ihrer vom Staat zur Verfügung gestellten Ausstattung Forschungsaufträge annehmen, deren Honorare in die private Tasche gehen. Hier sind sinnvolle Regelungen notwendig, die das Einwerben von Drittmitteln weiterhin attraktiv halten, gleichzeitig aber Wettbewerbsverzerrungen zulasten von privaten Anbietern unterbinden, die für sämtliche Kosten selbst aufkommen müssen.

---

Ähnliche Schwierigkeiten ergeben sich bei den Sparkassen, soweit ihre Aktivitäten nicht mehr von den Aktivitäten normaler Banken unterscheidbar sind. Der Weg aus diesem Dilemma ist für uns allerdings nicht die Privatisierung der Sparkassen, sondern die Rückbesinnung auf deren Verantwortung für die regionale Wirtschaftsstruktur, auf ihren öffentlichen Auftrag.

Die Regulierung der Netze ist in den früher rein staatlichen Bereichen Strom, Post, Telefon und Bahn sehr unterschiedlich gut gelungen. Während sich alle über niedrige Telefentarife freuen, hat der Pseudo-Wettbewerb des liberalisierten Strommarkts nach 5 Jahren die alten hohen Strompreise und die neuen Stromgiganten Eon und RWE hervorgebracht – neben den zahlreichen Pleiten der neuen Stromanbieter. Entscheidend ist die Balance zwischen Versorgungssicherheit auf der einen und wettbewerblicher, ökologisch wahrer Preisfindung auf der anderen Seite.

Public Private Partnerships können ebenso sinnvoll sein wie gemeinsame Projekte zwischen privatwirtschaftlichen Unternehmen. Voraussetzung dafür ist jedoch ein Übergang zur kaufmännischen Buchführung auf Seiten des Staates, um Vermögensverluste für die öffentliche Hand zu vermeiden. Die Abgrenzung zwischen staatlichen und privaten Aufgaben muss sehr klar vorgenommen werden. Die Strategie, dass Verluste sozialisiert und Gewinne privatisiert werden, ist zu häufig das Ergebnis, wenn Staat und Private kooperieren. Auf staatlicher Seite ist stärker darauf zu achten, dass die Fähigkeit zur Kontrolle der Auftragnehmer und der Kooperationspartner gewährleistet wird, damit die Kooperationen dem Allgemeinwohl zugute kommen.

### **2.3. Unternehmertum auch im staatlichen Sektor**

Wenn hier viel von Unternehmertum die Rede ist, dann meinen wir nicht nur den Eigentümer-Geschäftsführer einer GmbH. Wir beziehen das unternehmerische Handeln, das Werte schafft, auch auf den öffentlichen Bereich. Wettbewerbliche Ausrichtung, innovative Herangehensweise und Investitionen sind nicht auf den privatwirtschaftlichen Bereich beschränkt.

#### **Bildung**

Wir sind keine Bildungsexperten. Wir stellen aber fest, dass andere Länder mit vergleichbarem Mitteleinsatz mehr Werte im Bildungsbereich schaffen. Deutschland braucht für die Wissensökonomie, die kein fernes Zukunftsszenario ist, ein effektiveres und effizienteres Bildungssystem. Auch der demographische Wandel erfordert eine Steigerung der Bildungsleistungen. Als Daumenregel kann man sagen, dass bei der momentanen Kinderquote künftig 70% eines Jahrgangs Abitur machen müssen, um die aktuelle Wertschöpfung via Bildung zu halten. Da sind 20 – 30% Menschen ohne Sekundarschulbildung und eine wachsende Zahl von funktionalen Analphabeten sozial und ökonomisch völlig unakzeptabel. 2000 gab Deutschland gerade 4,4 % des BIP für Bildung aus, im Gegensatz zu 5,2 % im europäischen Durchschnitt oder gar 7,2 % in den USA.

Elemente eines effektiveren Bildungssystems könnten sein: sozial- und leistungsgerechtere Frühbildungsförderung, weitgehend kostenlose Kindergartenplätze und Ganztagesbetreuung in Grund- und Hauptschulen mit Förderprogrammen für Kinder

---

aus benachteiligten Bildungsmilieus sowie Berufsschulen in direkter Kooperation mit regionalen Unternehmen.

Wettbewerb zwischen Leistungsanbietern kann auch im Bildungssystem hilfreich sein. Autonome Schulen und Hochschulen, die selbst ihre Budgets verwalten und ihr Personal rekrutieren, würden besser als staatlich gegängelte Einrichtungen auf die sich verändernden Bedürfnisse der Schüler und der Gesellschaft eingehen. Aber unternehmerisches Handeln ist auch SchulleiterInnen nicht in die Wiege gelegt: Der Übergang zur Autonomie erfordert auch eine Übereinstimmung zwischen Qualifikation und Aufgabenprofil auf der Leitungsebene. Eine große Schwäche scheint uns auch bei der Personalentwicklung im Bildungsbereich zu liegen. LehrerInnen werden zu stark mit den Aufgaben im Klassenraum alleine gelassen. Das „Unternehmen Schule“ müsste seine wichtigste Ressource, die Motivation und Qualifikation seines Personals, in Zukunft höher achten. Das kann auch etwas mit Gehaltsstrukturen zu tun haben, ist aber nicht in erster Linie eine Frage der Bezahlung. Wir meinen: Lehrer und Hochschullehrer brauchen keinen Beamtenstatus. Vielmehr sollte die Höhe ihres Gehalts an Leistungs-, Qualifikationsbereitschaft und Erfolg gekoppelt werden.

#### Effektive Steuerverwaltung

Nur wenn das Steuerrecht effektiv durchgesetzt wird, können die erwünschten Verhaltensänderungen bei den Marktteilnehmern erreicht werden. Heute haben Unternehmen die Möglichkeit, sich durch Umsatzsteuerbetrug, Schwarzarbeit oder Hinterziehung bei den Ertragsteuern ungerechtfertigte Vorteile zu verschaffen, weil im Neben- und Gegeneinander der 16 Steuerverwaltungen der Länder eine wirksame Durchsetzung des Steuerrechts scheitert. Weitere Anstrengungen zu einer besseren Kooperation der Behörden, aber auch Leistungsvergleiche zwischen den einzelnen Finanzämtern sind notwendig, um den Steuervollzug effektiver und effizienter zu machen.

#### Wirtschaftswissen als Schulfach

Das Wirtschaftswissen der Bevölkerung und insbesondere auch der Schulabgänger und Hochschulabsolventen gilt als ungenügend.<sup>5</sup> Das wird als eine der Ursachen für eine geringe Bereitschaft angesehen, unternehmerisch tätig zu werden. Dabei ist natürlich die Frage entscheidend, was Wirtschaftswissen genau ausmacht und welches die richtigen Inhalte von Wirtschaftsunterricht sein sollen. Eine Werte-Orientierung in Wirtschaft und Gesellschaft erfordert einen Wirtschaftsunterricht, der Wissen über Buchführung, Zahlungsverkehr, Steuerrecht und volkswirtschaftliche Zusammenhänge vermittelt, gleichzeitig aber auch vermeidet, nur von ökonomischen Werten zu sprechen. Denn dadurch würde nur dem Mangel an Werte-Orientierung Vorschub geleistet, den wir überwinden wollen.

---

<sup>5</sup> Vgl. die Studie „Finanzieller Analphabetismus: Schlechte Voraussetzungen für eigenverantwortliche Vorsorge“ der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2004.

---

Richtig ist deshalb, Wirtschaftswissen zu einem Querschnittsthema in allgemeinbildenden Schulen zu machen. Das Themenspektrum des „Wirtschaftsunterrichts“ sollte nicht zu eng gefasst werden. Genossenschaftliches Handeln, Stiftungen, Marketing für den Non-Profit-Bereich oder die Funktionsweise von Emissionshandel sind auch relevante wirtschaftliche Themen. Wichtig scheint uns zu sein, „Wirtschaft“ nicht nur von wirtschaftlichen Laien im Rahmen der Sozialkunde zu unterrichten. Wirtschaftsunterricht lebt von Realitätsbezug, am besten auch im direkten Kontakt mit Menschen, die unternehmerisch handeln, oder durch einen regelmäßigen Personalaustausch zwischen Schulen und Betrieben. Wir halten Projektwochen, Schülerfirmen als realistisches Erfahrungsfeld, Jobben nach der Schule (was laut DIW die Schulleistung nicht verschlechtert, aber Kaufkraft und ökonomisches Verständnis verbessert) für geeigneter für die Vermittlung von Wirtschaftswissen als reine Wissensvermittlung aus dem Lehrbuch. Im Hochschulbereich haben sich die FH- und BA-Studiengänge, bei denen sich das Lernen in der Hochschule und die unmittelbar wertschöpfende Tätigkeit in den Unternehmen abwechseln, als sinnvoll erwiesen. Wahrscheinlich gäbe es noch wesentlich mehr Bereiche, in denen eine solche, mit der Praxis gekoppelte Hochschulausbildung besser wäre als die reine „Lehre“.

#### Forschung und Lehre

Notwendig ist eine bessere Vernetzung der kleinen und mittleren Unternehmen mit der Forschung (z.B. Innovationscluster) und eine Reform der Industriellen Gemeinschaftsforschung mit dem Ziel der stärkeren Beteiligung des Mittelstandes. Die staatlichen Mittel sind auf Innovationen auszurichten statt auf die Subventionierung von Altindustrien. Derzeit wird für Nanotechnologie, Mikrosystemtechnik, Biotechnologie, IuK-Technologien und Erneuerbare Energieforschung weniger ausgegeben als für Kohlesubventionen. Auf EU-Ebene fließt weit mehr in Agrarsubventionen als in Bildung und Forschung. Der Projektförderung sollte Vorrang eingeräumt werden, um den Wettbewerb unter den Forschern zu erhöhen.

#### Kreative Förderung statt Subventionen

Wirtschaftsförderung heißt häufig Subventionen nach dem Gießkannenprinzip oder Subventionen bei der Ansiedlung von Unternehmen. Davon profitieren sehr häufig eher größere Unternehmen, obwohl es angeblich immer um eine Stärkung der kleineren und mittleren Unternehmen geht. Die Mitnahmeeffekte sind außerordentlich groß. Wirtschaftspolitik ist mehr als Subventionspolitik für Grossunternehmen. Im Gegenteil: Subventionen sind das letzte Mittel, wenn Marktmechanismen (noch) nicht funktionieren und/oder ordnungspolitische Maßnahmen als ökonomische, ökologische oder soziale Leitplanken versagen. Aus der Perspektive kleiner und mittlerer Unternehmen ist gerade die Wettbewerbspolitik von entscheidender Bedeutung. Ihr Ziel ist es, für ein Höchstmaß an Markt-Zugangsgerechtigkeit für alle Unternehmen – auf möglichst vielen Märkten – zu sorgen.

Insbesondere ökologisch kontraproduktive Subventionen wie Flugbenzin, Schiffs- und Agrardiesel sowie die Steuerbegünstigung der Atomwirtschaft durch Rückstellungen gehören abgeschafft. Neue Subventionen sind degressiv zu gestalten.

---

Sinnvoll wäre es, zumindest einen Teil der Förderung, statt über monetäre Zuschüsse Vorteile, über konkrete (Beratungs-) Dienstleistungen oder Sachleistungen anzubieten, die nur für die Zielklientel interessant sind. Dadurch tritt ein automatischer Selektionsprozeß ein, weil diese Leistungen nur von solchen Unternehmen nachgefragt werden, die der entsprechenden Unterstützung bedürfen. Außerdem wird gezielt den Qualifikationsdefiziten, die es gerade auch bei vielen Unternehmern gibt, begegnet.

Auch das Internet könnte vielseitiger genutzt werden, um unternehmerisches Handeln in Deutschland zu stärken.<sup>6</sup>

Hochdotierte Preise in wettbewerblichen Verfahren können einen stärkeren Impuls für neue Entwicklungen und Innovationen geben als Dauersubventionierung.

#### **2.4. Qualifizierte Arbeitskräfte: Echter Arbeitsmarkt für alle!**

**Nutzen des gesamten „Humankapitals“:** In 8 Jahren werden nur noch etwa halb so viele 30-jährige Leistungsträger zur Verfügung stehen. Deshalb sind sozialpolitische Maßnahmen erforderlich, um die bestehenden Qualifikationen und Erfahrungen ehemals berufstätiger Mütter und Älterer zu nutzen. Intelligenz, Talent, Eigenmotivation u.a. „wertschöpfende“ Potentiale dürfen nicht mehr wie bislang von der sozialen Herkunft abhängig sein (siehe aktuelle IGLU-Studie). Berechnungen für das dänische Kinderbetreuungssystem, das u.a. die soziale Vererbung von Armut und Reichtum erfolgreich senkt, zeigen, dass erwerbstätige Mütter die ursprünglichen Kosten für die Kinderbetreuung selbst wieder durch Steuerleistungen aus langfristigen Erwerbseinkünften einbringen. Deutschland spart dagegen bei Vorschule und Schule und Betreuungsangeboten: Verlorene Potentiale bei qualifizierten Müttern und eine hohe Kinderlosigkeit bei AkademikerInnen sind die Folge.

**Kontrollierte Wanderung:** Die Einbindung Deutschlands in die globale Wirtschaft und die internationale Arbeitsteilung erfordern eine flexible Migrations- und Einbürgerungspolitik. Durch Bleiberechtsregelung für langjährig in Deutschland lebende Ausländer, ließe sich zukünftig der erwartete Mangel an qualifizierten Fachkräften reduzieren. Mit Quotenregelungen für Erwerbspersonen, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt nachgefragt werden, können Spitzenkräfte im Lande gehalten werden. Innovative Zuwanderer können unsere Volkswirtschaft voranbringen. Ein positives Beispiel sind die erfolgreichen, jungen US-Firmen wie Google, Amazon und Yahoo! Sie wurden von hochqualifizierten Einwanderern der ersten und zweiten Generation gegründet.

Auch die Binnenwanderung darf nicht aus dem Blick geraten: Zwei der 17 Millionen Ostdeutschen haben bis heute die neuen Bundesländer in Richtung Westen verlassen. Infolge dessen stehen in Ostdeutschland 1,2 Millionen Wohnungen leer. Aber

---

<sup>6</sup> Z.B. Entwicklung geeigneter regionaler Wirtschaftsportale nach bundesweiten Standards und deren Vernetzung durch die Wirtschaftsförderung; Unterstützung von Verbundlösungen für Kleinunternehmen mittels VPN-Technik wie Koncraft als „virtuelle Schreinerei“ sowie andere Maßnahmen zur konsequenten Einführung von grünen E-Business-Strategien bei KMUs); Untersuchen von geeigneten Weblogstrategien (Online-Journale) für KMUs und ggf. deren Förderung.

---

auch in Westdeutschland gibt es strukturschwache Regionen, in denen der Teufelskreis aus Abwanderung und sinkender Attraktivität zu spüren ist. Die ökonomischen Kosten der ungleichen Entwicklung in den verschiedenen Regionen sind enorm. Während im Osten das Abzahlen neuer Infrastrukturen für die geringer werdende Bevölkerung zur Last wird, müssen in dicht besiedelten Regionen Westdeutschlands unter hohen monetären und ökologischen Kosten die Mobilitätssysteme ausgebaut, neue Wohn- und Gewerbegebiete erschlossen werden. Doch vielleicht liegt gerade in einer ökologischen Ausrichtung unserer Wirtschaftspolitik die Lösung dieses Dilemmas. Könnte nicht mittels handelbarer Flächennutzungszertifikate die Nutzung bestehender Flächen attraktiver werden?

**Senken der Lohnnebenkosten:** Erstmals soll 2004 die Schwarzarbeit zurückgegangen sein. Sie wird aber ein florierender Wirtschaftssektor bleiben, solange eine Stunde Schwarzarbeit rund 20 Euro gegenüber 50 und 70 Euro einer korrekt abgerechneten Arbeitsstunde kostet. Schätzungen gehen von bis zu 5 Millionen „Vollzeitschwarzarbeitern“ aus. Der volkswirtschaftliche Schaden ist immens. Die Lösung sind zum einen systematische Kontrollen bei der organisierten Schwarzarbeit. Zum anderen muss der Anreiz zur Schwarzarbeit dadurch gesenkt werden, dass insbesondere bei niedrigeren Einkommen die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit gesenkt wird. Ein erster Schritt ist mit der Einführung der Mini- und Midi-Jobs gemacht worden. Offensichtlich reicht er noch nicht aus. Gewerkschaften, Wissenschaft, Verbände und Politik haben nun weitere Vorschläge zur Senkung der Abgabenlast bei Geringverdienern gemacht. Diese Maßnahmen müssen geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden. Die Entlastung des Faktors Arbeit stärkt gerade auch den standortgebundenen Mittelstand.

## 2.5. Marktzugang und Finanzierung

Wie eine aktuelle Studie des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) zeigt, sind es insbesondere westdeutsche (nicht ostdeutsche!) kleine Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis 1 Mio. Euro, die kein Eigenkapital oder eine Unterbilanz aufweisen. Großunternehmen mit einem Jahresumsatz von 12,5 bis 50 Mio. Euro liegen bei gut 18% Eigenkapitalquote. Deshalb ist der erleichterte Zugang zu Eigenkapital ersetzenden Mitteln sowie Darlehen und Krediten wichtig. Das Hausbankprinzip bei Kredit- und Darlehensprogrammen der Mittelstandsbank muss überprüft werden, um den Marktausschluss von Existenzgründern zu verhindern. Eine wichtige Rolle bei der Finanzierung von Innovationen spielt der Zugang zu Venture Capital (VC). Dieses wird in Deutschland und Europa noch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt. International wurden in 2001 73 % des verfügbaren VC in den USA, 20 % in Europa und nur 3,5 % in Deutschland zur Finanzierung bereitgestellt. Das sollten wir aufholen.

---

Die verschiedenen Förderprogramme müssen überschaubar gestaltet, und dazu in vielen Fällen zusammengelegt und automatisiert über die neue Mittelstandsbank abgewickelt werden. Dadurch wird auch die Effizienz der Abwicklung erhöht.<sup>7</sup>

Wir streben zertifizierte Existenzgründungszentren an, die Unternehmensgründungen prozessual begleiten und nicht nur punktuelle Beratungsleistungen anbieten, d.h. Beratungsleistungen zur Orientierung, Qualifizierung, Finanzierung und Nachgründungsbegleitung. Beamte auf Lebenszeit als "Wirtschaftsförderer" und „Existenzgründungsexperten“ sind möglicherweise nicht immer die richtigen Ratgeber, wenn sie selbst nie den Schritt in die Selbständigkeit gewagt haben. Neben einem regelmäßigen Personalaustausch mit Betrieben könnte es auch interessant sein, ergänzend Pleitiers als Experten zur Existenzgründung und Insolvenzvermeidung bei Kammern und Wirtschaftsförderern heranzuziehen. Sie haben großes Erfahrungswissen und könnten durch ein Salär, das sie im Rahmen dieser Tätigkeit erhalten, Schulden abzahlen.

Weitere Instrumente sind Finanzierungshilfen für die Sanierungsberatung, zur Vermeidung von Insolvenzen, Finanzierungshilfen für Beratungen im Nachgründungscaching (1 bis 1 ½ Jahre nach der Gründung), um die zweite Qualifizierungsphase (im realen Wirtschaftsprozess, nicht in der Vorgründungsphase) zu ermöglichen/unterstützen.

Der Staat ist leider in nicht wenigen Fällen aufgrund der schlechten Zahlungsmoral und bei hohen und unerwarteten Nachzahlungen von Abgaben mitverantwortlich für Insolvenzen. Dieses Problem könnte eventuell gelindert werden, wenn erlaubt würde, dass entsprechende Steuerschulden mit ausstehenden Forderungen an Bund, Länder und Gemeinden verrechnet werden.

## **2.6. Europäische Integration und Globalisierung: Chancen für kleinere Unternehmen verbessern!**

Viele der mittelständischen Unternehmen sind hoch internationalisiert. Für kleinere Unternehmen sind dagegen Ländergrenzen eine Barriere. Für alle Unternehmensgruppen kann deswegen die Harmonisierung von Standards in der Europäischen Union, die häufig kritisiert wird, eine Chance sein, wenn sie ohne zusätzlichen bürokratischen Apparat beim Staat und ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand für die Unternehmen erfolgt: Der Grenzübertritt wird erleichtert, wenn einheitliche Standards gelten. Das gilt auch für das Steuerrecht. Der Modellversuch, bei dem kleine und mittelständische Unternehmen für ihre gesamten wirtschaftlichen Aktivitäten im Binnenmarkt nach dem Steuerrecht ihres Heimatstaats besteuert werden, weist da in die richtige Richtung. Für kleinere und mittlere Unternehmen in Deutschland wären die geplanten Vorteile beim Grenzübertritt jedoch bei derzeitiger Rechtslage meist nicht nutzbar, weil sie als Personengesellschaften einkommensteuerpflichtig sind, die EU-Vorhaben jedoch das Körperschaftsteuerrecht betreffen.

---

<sup>7</sup> Dies tut auch bei anderen Transfers Not: Derzeit betreuen 179 Familienkassen der Bundesanstalt für Arbeit mit 3.200 Beschäftigten die Kindergeldzahlungen für 15,1 Mio. Kinder; für die 3 Mio. Kinder öffentlich Bediensteter sind ebenfalls zahlreiche Kassen zuständig, ohne miteinander vernetzt zu sein.

---

Solange die für Unternehmen zentralen Politikfelder wie das Steuerrecht nicht harmonisiert sind, muss mittelständischen Unternehmen geholfen werden, mit den Schwierigkeiten grenzüberschreitender wirtschaftlicher Aktivitäten besser zurecht zu kommen. Wirtschaftsförderer können hier Lotsenfunktion übernehmen.

Im internationalen Handel und bei internationalen Investitionsvorhaben ist die politische Unterstützung oft von großer Bedeutung, sei es in Form der Hermes-Exportbürgschaften, dem Netz der Auslandshandelskammern und der Auslandsmesseförderung oder durch von Politikern eingefädeltete Geschäftskontakte. Hier liegt allerdings oft das Gros der staatlichen Aktivitäten bei wenigen großen Unternehmen. Der Zugang für kleinere und mittlere Unternehmen zu dieser Form der Wirtschaftsförderung sollte verbessert werden, z.B. auch durch „Huckepack-Kooperationen“ zwischen imagestarken, im Ausland bekannten Konzernen und soliden, innovativen Mittelständlern auf Weltmärkten.

---

### 3. Das Politische der Wirtschaftspolitik: Wirtschaftspolitik als Beteiligungsprozess

#### 3.1. Die prozedurale Dimension von Politik

Es gibt wenig Sinn, die Eckpunkte einer ökologisch-sozialen Wettbewerbsordnung zu bestimmen, wenn die Anreize im politischen System nicht so gesetzt sind, dass diese eine Chance auf Umsetzung haben. Vielmehr ist der Blick zugleich auch auf die Organisation der politischen Entscheidungsfindungsprozesse und damit auf die Politikberatungslandschaft in Deutschland zu richten.

Unbestritten ist, dass die Politik Beratungsbedarf hat. Die Materie, über die Politiker zu entscheiden haben, ist zu komplex, als dass informierte, langfristige – an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtete – Entscheidungen ohne fremde Hilfe getroffen werden könnten. Beratungsleistungen werden dabei von verschiedenen Seiten angeboten:

**Wissenschaft:** Hierzu zählen insbesondere die verschiedenen Räte und Kommissionen, die von der Bundesregierung eingesetzt werden (ca. 48 Mio. Euro Honorare für 361 Experten, sowie 12 Mio. Euro für die Arbeit in Kommissionen).

**Stakeholder:** Neben den Wissenschaftlern üben zudem NGOs, Verbände, Gewerkschaften, karitative Einrichtungen, Think Tanks und Stiftungen einen mitunter erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse aus. Allerdings haben die zahlreichen NGOs in den Politiknetzwerken die schwächste Position, da sie aufgrund ihrer Heterogenität nicht als *die* Stimme der Zivilgesellschaft gelten können.

**Beratungsunternehmen:** Die Bundesregierung gab in den letzten 5 Jahren 128 Mio. Euro für mehr als 1700 Analysen und Studien aus. Allein das Wirtschaftsministerium engagierte 62 Beratungsfirmen. Insgesamt geben Bund, Länder und Kommunen über eine Milliarde für externe Beratungsunternehmen aus – 50% mehr als vor fünf Jahren.

Eine strikte Trennung dieser Gruppen ist heute nicht mehr problemadäquat. Herrschte früher die Auffassung, dass die Beratung der Politiker allein wissenschaftlichen Gremien oder Beratungsunternehmen vorbehalten sein sollte, weil die Interaktion mit anderen gesellschaftlichen Gruppen stets Gefahr laufe, dass Partikularinteressen eingebracht würden, wird heute die Rolle der Einbindung von Stakeholder-Gruppen allenthalben betont<sup>8</sup>.

Gerade in komplexen und wertebehafteten Themenfeldern stößt die Wissenschaft an Grenzen. Denn es gibt nicht die eine einzig richtige Position, an der sich die Politik orientieren könnte. Gerade Wirtschaftspolitik berührt immer auch die Frage, um welche Werte es gehen soll. Durch die Einbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen können Probleme in ihrer ganzen Vielschichtigkeit erfasst und das Wissen verschiedener Gruppen einbezogen werden; zugleich steigt die Akzeptanz der Politik – ein bedeutender Faktor in einer immer stärker medial vermittelten Welt. Es überrascht daher

---

<sup>8</sup> So etwa: Weißbuch Europäisches Regieren der EU-Kommission.

---

nicht, dass immer mehr beratende Gremien gemischt besetzt sind, Wissenschaftler und Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen Hand in Hand arbeiten (Beispiele: Nachhaltigkeitsrat, Ethik-Kommission, Hartz-Kommission etc.)

Diese Verflüssigung der Trennung zwischen teurer (durch Beratungsunternehmen), guter Politikberatung (durch Wissenschaftler) und schlechter, da selektiver Einflussnahme durch Lobbyisten bzw. Interessenverbände erschwert die Bewertung der Politikberatungslandschaft. Die Faustregel, dass man lediglich Berührungspunkte der Politik mit Stakeholder-Gruppen verhindern müsse, verschließt die Augen vor den Potenzialen einer partizipativen Demokratie.

Gleichzeitig muss der Blick auf die Realität der Adressaten der Politikberatung geworfen werden: Nach 30 Jahren Partei- und Parlamentsbetrieb seziert Hermann Scheer „*die Politiker*“: „Sie sind in der Regel Autodidakten, ihr Beruf ist so etwas wie die Urform der Ich-AG. Ihr Werdegang ist in nicht unerheblichem Maße von Wahlen abhängig. Keine andere Berufsgruppe sieht sich periodisch solch existenziellen Ängsten ausgesetzt. ... Es wundert nicht, dass ein Großteil der Parteiarbeit der Minderung dieser Angst, der Sicherung der eigenen Position gilt, dass darin wesentliche Gründe für die Bildung von Seilschaften und die Übervorsicht im täglichen Handeln liegen, eine Übervorsicht, die im Nichts-Sagenden vieler Politikerreden ihren enervierenden Ausdruck findet.“

„Damit korrespondiert die ausgeprägte Neigung zur Spezialisierung und Hierarchisierung des parlamentarischen Betriebes. Analog zu den Ausschüssen durchzieht die Fraktionen ein System von Arbeitsgruppen, das wiederum in einzelne Untergruppen und Fachzuständigkeiten einzelner Abgeordneter, inklusive Vertretungsfunktionen, gegliedert ist. Das sichert zwar jedem zumindest ein kleines Gefühl von Unersetzbarkeit, vermag aber nicht den eklatanten Mangel an einer Generaldebatte zu kompensieren, der damit einhergeht.“ (Dieter Rulf, FR 1.12.03)

Diese existenzielle Angst lässt viele Politiker auf Nummer Sicher gehen und die Nähe von Vertretern großer Firmen, Verbände oder Organisationen als potenziellen nachparlamentarischen Arbeitgebern zu suchen. NGOs und KMUs können hier leider nichts Adäquates bieten und verlieren an Attraktivität und Einfluss. Außerdem kann durch die Nähe zu den Vorständen großer Unternehmen Wirtschaftskompetenz vorgetäuscht werden, obwohl eine kompetente Wirtschaftspolitik sich häufig gerade darin auszeichnen würde, gegenüber den Interessen großer Unternehmen standhaft zu bleiben. Unternehmer, also Menschen, die mit eigenem Geld am Markt wirtschaften, kommen in der Politikberatung und in der öffentlichen Wahrnehmung kaum vor. Als „Wirtschaftsexperten“ gelten stattdessen Verbandsvertreter, Politiker aus den entsprechenden Ausschüssen und Manager großer Unternehmen, die mit fremdem Geld wirtschaften. Mit anderen Worten: Es fehlt an politischer „Markt-Zugangsgerechtigkeit“.

Ähnlich geht es den Politikern selbst, die immer neue Ausdifferenzierungen von Regelwerken und „Zumutungen“ ihrer Bürokratie bewältigen müssen. Sie werden oft degradiert zum Abnickinstrument von Entscheidungen, die an anderen Orten getroffen werden – wie zuletzt auf nicht zu überbietende Weise am Jahresende 2003 über die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses bei der Hartz-Reform.

Leif/Speth verweisen deshalb auf den heute entscheidenden Adressaten lobbyistischer Aktivitäten: die Ministerialbürokratie, die sich inzwischen absurderweise „oft-

---

mals selbst als Innovationsmotor“ versteht.<sup>9</sup> „Gewieft Lobbyisten wissen in der Regel, wo und wann etwas gesetzlich geregelt werden soll, noch bevor eine Zeile Gestalt eines Entwurfs annimmt. Die Ministerialbürokratie ist über eine solche frühzeitige Einbindung ganz froh, weil sie den Sachverstand und die Expertise der Lobbyisten nutzen und Konflikte vermeiden kann. ...Das Zusammenspiel von Ministerialbürokratie und Lobbyisten vollzieht sich nicht allein auf dieser „offiziellen“ Ebene. Zahlreiche Clubs bringen die beiden Gruppen auch menschlich einander näher.“ Das können NGOs und KMUs ebenfalls nicht bieten.

### **3.2. Die Politikberatungslandschaft**

Es gilt, Konstellationen zu verhindern, bei denen bestimmte Arrangements zu Lasten Dritter ausgehandelt werden. Vielmehr sind Dialog und Kooperation in den Dienst der Suche nach wechselseitig vorteilhaften Arrangements (Win-Win-Konstellationen) zu stellen. Ein Faktor dabei ist die Beteiligung der relevanten Akteure. Wenn für die Unternehmen nur Verbandsvertreter in gesicherten Anstellungsverhältnissen und Manager von Großunternehmen sprechen, ist die mangelnde Berücksichtigung unternehmerischer Interessen nicht überraschend. Wichtig ist, dass gerade auch kleine und mittlere Unternehmen eine Stimme in solchen Politikprozessen bekommen. Kooperative Politik ist dann nicht gleichzusetzen mit einem korporatistischen Politikmodell.

Ein wichtiges Qualitätsmerkmal für gute Politikberatung ist die Transparenz der Prozesse: Geschlossene Hintertürzirkel oder Clubarrangements mit der Ministerialbürokratie sind intransparent und geben Handlungsspielräume für Vereinbarungen zu Lasten Dritter; (neutral moderierte) Dialogprozesse unter Einbindung von verschiedener Stakeholder-Gruppen stehen unter gesellschaftlicher Kontrolle und sind daher transparent.

An Bedeutung gewinnen Verfahren, die eine sinnvolle Zusammenarbeit von Beratern, Wissenschaftlern und Stakeholder-Gruppen ermöglichen, etwa für die Klärung von Sachfragen (Joint Fact Findings), auf deren Basis eine informierte Entscheidungsfindung stattfinden kann.

Dem Design und dem Management politischer Problembearbeitungsprozesse kommt eine herausragende Rolle zu: Die Auswahl der Teilnehmer, die Moderation des Prozesses und die Verzahnung mit der politischen Agenda sind entscheidend für den Erfolg. Insbesondere bedarf es einer sorgfältigen Akteurs- und Interessenanalyse, um einen ausgewogenen und informierten Entscheidungsfindungsprozess sicher zu stellen. Die wenigsten Foren der politischen Entscheidungsvorbereitung haben den Zugang zu dem „prozeduralen Wissen“ über das Management von diskursiven Prozessen.

---

<sup>9</sup> Es sind ja nicht unbedingt die 118 Steuergesetze und 87 dazugehörigen Rechtsverordnungen, die jede zweite Steuererklärung (auch ungewollt) falsch werden lässt, sondern die über 100 000 Verwaltungsvorschriften, die täglich durch die Fiskalgerichte widersprüchlich geändert werden. „Politik“ wird hier selbst zum Opfer des „Apparates“.

---

Vor dem Hintergrund dieser ersten Überlegungen erscheint das Verbesserungspotenzial der (wirtschafts-)politischen Beratungslandschaft immens! - Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, dass das Wissen über das Management von Problembearbeitungsprozessen mit zunehmender Komplexität der zu lösenden Probleme gegenüber dem reinen Faktenwissen an Bedeutung gewinnt.

Derzeit bestehen zum einen wissenschaftliche Beiräte beim Finanz- und beim Wirtschaftsministerium, die ohne Einbindung in die administrative Realität und die Sachlogik des Regierungshandelns Empfehlungen aussprechen, für deren Umsetzung sie keine Verantwortung übernehmen. Zum anderen gibt es die großen Wirtschaftsforschungsinstitute, die für ihre Analysen eine staatliche Grundfinanzierung erhalten und darüber hinaus zahlreiche Gutachten für die Regierungen in Bund und Ländern erstellen. Daneben gibt es den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, der ebenfalls für wissenschaftliche Unabhängigkeit steht, aber nur geringe Nähe zu den Entscheidungsträgern aufweist. Er ist de facto ein weiteres kleines Wirtschaftsforschungsinstitut, dessen Aufgabe im Wesentlichen, aber nicht ausschließlich in der Erstellung eines Jahresgutachtens besteht.

Angesichts des zunehmenden Einsatzes von externen BeraterInnen, ist zu überlegen, ob diese Beratungsstruktur noch den heutigen Bedürfnissen entspricht. Was in Deutschland fehlt, ist offensichtlich ein Gremium nach US-amerikanischem (Council of Economic Advisers) und französischem Vorbild, das aus renommierten WissenschaftlerInnen besteht und in enger Zusammenarbeit mit der Regierung arbeitet, ja sich sogar als Teil der Regierung versteht und die entsprechenden Politikansätze von der konzeptionellen Phase bis zur Durch- und Umsetzung begleitet.

Eine weitere Dopplung von Beratungsstrukturen ist aber nicht sinnvoll. Vielmehr sollte die Beratungsstruktur den Bedürfnissen der Politik angepasst werden – auch wenn das für einige Professoren, die oft die Bereitschaft zu durchgreifenden Reformen fordern, die Aufgabe lieb gewonnener Positionen bedeutet. Für die wirtschaftspolitische Diskussion haben sich die wissenschaftlichen Beiräte als weniger starke Stimmen erwiesen. Der Sachverständigenrat würde sich von seiner Struktur her allerdings besser dafür eignen, als regierungsinternes Beratungsgremium zu fungieren. Die wissenschaftlichen Beiräte müssten dann seine Rolle bei der öffentlichkeitsorientierten Beratung übernehmen. Dazu sind Reformen in der Arbeitsweise und der Zusammensetzung erforderlich.